

Aus dem Inhalt

dfi analyse

„Economie sociale et solidaire“ – Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften in Frankreich und Europa – Seite 1

dfi information

Nachwuchsjournalisten in Paris – Aktualität Frankreichs sieben Monate vor den Präsidentschaftswahlen – Seite 4

Digitalisierung – Herausforderung für die Industrie. 5. Deutsch-Französisches Wirtschaftsgespräch in Stuttgart – Seite 5

„On y va – auf geht's – let's go“ . Seminar in Strasbourg – Seite 6

Europa am Scheideweg. Podiumsdiskussion zur Zukunft Europas – Seite 7

Studie zur Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. dfi compact Nr. 14 ist erschienen – Seite 7

dfi service

Deutsch-Französischer Jugendausschuss – Seite 8

18. Deutsch-Französisches Forum in Straßburg – Seite 8

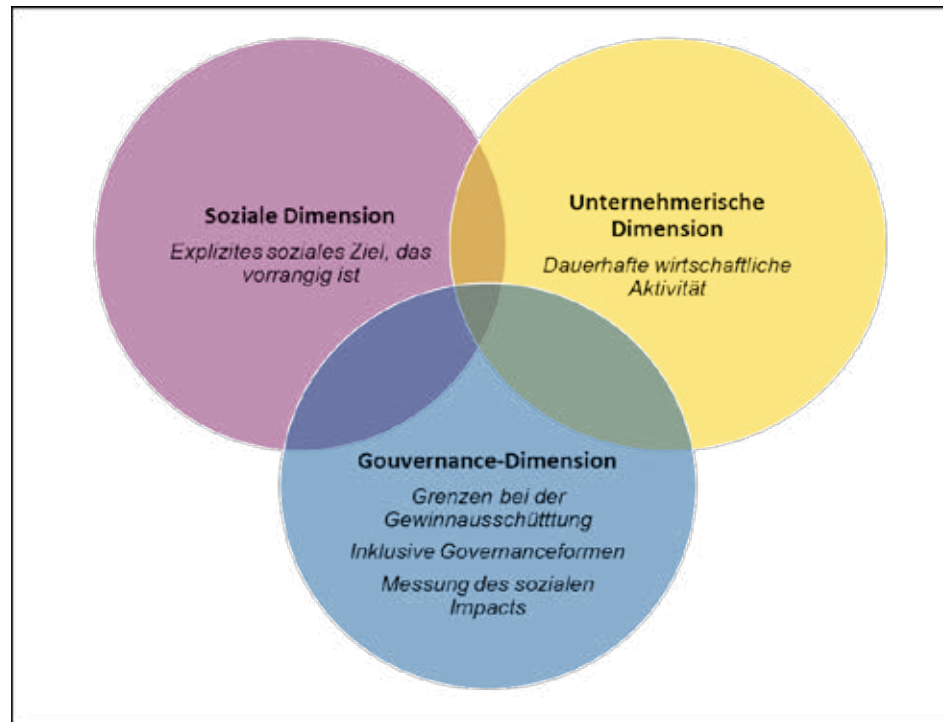
Termine – Seite 8
Impressum – Seite 8

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg

Ausgabe 4 | 2016

„Economie sociale et solidaire“

Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften in Frankreich und Europa



Dimensionen, die in der ESS miteinander verfließen. Quelle: Frei nach Europäische Kommission.

dfi analyse

In Frankreich hat die sogenannte *économie sociale et solidaire* (ESS) in den vergangenen Jahren zunehmend auf sich aufmerksam gemacht und an Sichtbarkeit gewonnen. Dazu trugen Gesetzesänderungen bei sowie eine stärkere Institutionalisierung des Sektors als Ganzem. Der vorliegende Beitrag stellt Eigenschaften und Funktionsweisen des Sektors in Frankreich vor, vergleicht diesen mit Entwicklungen in Deutschland und ordnet die gemeinwohlorientierten Formen des Wirtschaftens in den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang ein.

Die ESS in Frankreich

Die *économie sociale et solidaire* (ESS) umfasst in Frankreich eine Reihe heterogener Akteure aus dem wirtschaftlichen und dem sozialen Bereich, denen es neben der wirtschaftlichen Tragfähigkeit vor allem um einen gemeinwohlorientierten

sozialen oder ökologischen Mehrwert geht. Der Sektor umfasst ganz unterschiedliche Organisationsformen, die von karitativen, spendenfinanzierten Vereinen über genossenschaftliche Selbsthilfeorganisationen bis hin zu Stiftungen sowie privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen mit begrenzter Gewinnausschüttung und demokratischeren Governanceformen reichen. Die Übergänge zu herkömmlichen Unternehmen, wie auch der öffentlichen Daseinsfürsorge und dem Wohlfahrtsstaat sind dementsprechend fließend. Unternehmerisches Wirtschaften und solidarische Formen zivilgesellschaftlichen Engagements existieren in ganz unterschiedlichen Ausprägungen nebeneinander.

Insgesamt zählt man in Frankreich knapp 164.000 Arbeitgeber zur ESS. Dort beschäftigt sind 2,4 Millionen Personen, was in etwa 10,5 % aller Beschäftigten entspricht. Das Gros ist in der Form von Vereinen verfasst, gefolgt von Genossenschaften, den so genannten *mutuelles* (Ver-

Fortsetzung von Seite 1

Eckdaten der ESS in Frankreich

	Vereine	Genossenschaften	Mutuelles	Stiftungen	Insgesamt	Anteil an der ganzen Wirtschaft
Anzahl der Organisationen mit abhängig Beschäftigten	154.000	8.510	813	474	164.000	7%
Beschäftigte	1.850.000	309.000	134.000	78.000	2.370.000	10,5%
Bruttovergütung (in Mrd. Euro)	42,8	11,5	4,7	2,2	61,2	8,5%
Bruttowertschöpfung	100 Mrd.					6%

Quelle: Eigene Zusammenstellung

sicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) und Stiftungen. Organisationen der ESS sind in mehreren Wirtschaftszweigen aktiv, ganz vorwiegend aber im sozialen und gesundheitlichen Bereich, im Sport-, Freizeit- und Kultursektor sowie dem Banken- und Versicherungswesen. Beispielsweise sind in Frankreich 68 % des Sparguthabens bei Banken des Sektors angelegt und jedes zweite Auto ist bei einer *mutuelle* versichert.¹⁾

Entwicklung des Sektors und seiner Rahmenbedingungen

Vereine, Stiftungen oder auch Genossenschaften spielen auch in vielen anderen europäischen Ländern einschließlich Deutschland eine bedeutsame Rolle. An sich handelt es sich also um kein spezifisch französisches Phänomen. Gleichwohl sticht Frankreich durch die sukzessive Vereinigung des Sektors, seiner Institutionalisierung wie auch seiner Anerkennung auf höchster politischen Ebene heraus.

Seit den 1970er Jahren kann man in Frankreich einen Prozess der Vereinigung der unterschiedlichen Strömungen beobachten, die aller Heterogenität zum Trotz zunehmend ihre Gemeinsamkeiten betonen und eine Anerkennung als eigenständiger Sektor erwirkten. Ein erster Schritt war dabei die Gründung des *Comité de liaison nationale des activités mutualistes, coopératives, et associatives* (CEGES) im Jahre 1970, das zu einer Annäherung der so genannten *économie sociale* (zumeist werden darunter Selbsthilfeorganisationen verstanden, also Genossenschaften und *mutuelles*) und dem Vereinswesen führte. 1980 wurden in der *Charte de l'économie sociale* gemeinsame Prinzipien Werte und Charakteristika definiert. Gleichzeitig wurde 1981 eine interministerielle Delegation zur *économie sociale* eingeführt, die bis heute in veränderter Form existiert.

Sukzessive fand dann auch die Vereinigung mit der sogenannten *économie solidaire* statt. Dabei



Martine Pinville ist als Staatssekretärin im Wirtschafts- und Finanzministerium unter anderem für die Sozial- und Solidarwirtschaft zuständig.
Quelle: wikimedia.org.

handelt es sich um eine jüngere Strömung, die in den 1980er Jahren aufkam und anstelle der Selbst- vielmehr die Nächstenhilfe in den Vordergrund rückte, bestrebt die Schwachen, Benachteiligten und Ausgegrenzten der Gesellschaft zu unterstützen und zur Lösung sozialer Probleme beizutragen. 1993 wurden die *Chambres régionales de l'économie sociale* (CRESS) eingeführt, die nach dem Vorbild der Industrie- und Handelskammern die Interessen des Sektors gegenüber der öffentlichen Hand vertreten. Arbeitgeber der ESS sind in der branchenübergreifenden *Union des Employeurs de l'ESS* (UDES) organisiert. Diese wurde 2014 auch als Sozialpartner im Rahmen der Modernisierung des sozialen Dialogs anerkannt (Loi du 5 mars 2014).

2014 kulminierten diese Entwicklungen in der Verabschiedung eines speziellen Gesetzes (Loi du 31 juillet 2014). Das Gesetz schafft einen rechtlichen Rahmen, der die Organisationen der ESS in ihrer Gesamtheit erfasst und zur weiteren Entwicklung des Sektors beitragen soll, unter ande-

rem indem er die ESS als besondere Art des Wirtschaftens und der wirtschaftlichen Entwicklung anerkennt. Im Gegensatz zur bisherigen Herangehensweise findet im Gesetz eine Zuordnung zur ESS nicht nur über die Rechtsform statt (also Genossenschaften, Vereine, Stiftungen und *mutuelles*), sondern auch über inhaltliche Kriterien, wodurch auch herkömmliche Unternehmen und Unternehmer zur ESS gerechnet werden, sofern sie bestimmte Kriterien bezüglich Gewinnverwendung und partizipativer Unternehmensführung erfüllen (sog. *entreprises de l'économie sociale et solidaire*). Die Regelkonformität wird beim Eintrag ins Handelsregister überprüft. Kommerzielle Unternehmen können unter bestimmten Voraussetzungen auch das Siegel „entreprise solidaire d'utilité sociale“ erhalten, welches mit Steuererleichterungen sowie Zugang zu speziellen Finanzierungsformen verbunden ist.²⁾ Eine kontinuierliche statistische Erfassung mit regelmäßigen Veröffentlichungen, ein „Monat der ESS“, der jährlich im November mit speziellen Aktionen auf den Sektor aufmerksam macht, sowie ein Staatssekretär für das Thema verliehen dem Sektor in den vergangenen Jahren zusätzlich an Sichtbarkeit.

Der dritte Sektor in Deutschland

Wie sieht es diesseits des Rheins aus? Versucht man, sich dem Thema begrifflich anzunähern, stößt man schnell an seine Grenzen. Gemeinnützigkeit, Gemeinwirtschaft und Sozialwirtschaft beschreiben im Deutschen alle ähnliche Phänomene, führen aber zu anderen Abgrenzungen. Abgesehen vom eher akademisch geprägten Begriff des Dritten Sektors, gibt es keinen gebräuchlichen Begriff, der den Sektor als Ganzes beschreibt, in Abgrenzung zu Staat und herkömmlicher Privatwirtschaft. Dies ist möglicherweise

¹⁾ Alle Daten sind den statistischen Veröffentlichungen des Observatoire National de l'ESS entnommen. ▶ http://www.cnrcres.org/accueil_cnrcres/observatoire_de_lesj.

²⁾ Les cahiers de l'Uniopss No. 22 / mars 2015.

Fortsetzung von Seite 2

auch der Tatsache geschuldet, dass schon im Begriff der sozialen Marktwirtschaft, Leitbild und Selbstbeschreibung der deutschen Wirtschaftsordnung, die Verbindung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt zum Ausdruck kommt, auch wenn dieser eine andere Verbindung von sozial und Wirtschaft meint als es im vorherrschenden Verständnis der französischen *économie sociale* der Fall ist. Während der Begriff der sozialen Marktwirtschaft den sozialen Charakter eines in einen regulatorischen Rahmen eingebetteten (und um einen Wohlfahrtsstaat ergänzten) Marktes betont, verbindet sich in Frankreich der Begriff der *économie sociale* viel stärker mit Denktraditionen, die den emanzipierenden Charakter demokratisch organisierter Formen des Wirtschaftens in Abgrenzung zur herkömmlichen, kapitalistisch geprägten Wirtschaftsordnung hervorheben.

Gleichwohl spielen auch in Deutschland Vereine, Stiftungen, Genossenschaften, kirchliche Organisationen und die freien Wohlfahrtsverbände eine wichtige Rolle. Auch historisch betrachtet galt Deutschland lange Zeit als Vorreiter. Selbsthilfeorganisationen entwickelten sich mannigfaltig um die Initiativen von Schultze-Delitzsch, Raffeisen und Kolping ab Mitte des 19. Jahrhunderts. Auch die im Vergleich zu Frankreich begrenztere Rolle des Staates und die weniger stark verbreitete Erwartungshaltung, einen Ausgleich über staatliche Umverteilung zu erzielen und stattdessen in Eigeninitiative Lösungen zu suchen, trugen zur Förderung (zivil-)gesellschaftlicher Initiativen bei. Daneben beruhte auch der Bismarck'sche Wohlfahrtsstaat von Anfang an auf der Einbeziehung privat bzw. kirchlich getragener Wohlfahrtsorganisationen bei der Erbringung bestimmter wohlfahrtsstaatlicher Leistungen.³⁾ Es lässt sich deshalb vermuten, dass die stark ausdifferenzierte, vielfältige und stark verwurzelte Organisationslandschaft keiner weiteren Einigung bedurfte, um ihre Interessen zu vertreten.

Gesamtwirtschaftliche Rolle des Sektors

Welche Bedeutung kommen der ESS und äquivalenten Entwicklungen in anderen europäischen Ländern im gesamtwirtschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Kontext zu? Handelt es sich um ein Nischenphänomen oder doch um eine Alternative zur herkömmlichen Marktwirtschaft? So heterogen wie die Organisationen der ESS sind, so unterschiedlich fallen auch die Einschätzungen aus.

Auf der einen Seite betonen Skeptiker, dass natürlich nicht nur die Organisationen der Sozial- und Solidarwirtschaft Produkte und Dienstleistung mit sozialem und gesellschaftlichem Mehrwert bereitstellen und dass man sich umgekehrt fragen müs-

se, inwieweit bestimmte Unternehmen innerhalb der ESS dem besonderen Anspruch wirklich gerecht werden. Insbesondere im Finanz- und Versicherungsbereich wird oftmals kritisiert, dass kein großer Unterschied zu kommerziellen Unternehmen festzustellen ist. Auf diesen Umstand wies auch ein Gutachten im Auftrag des deutschen Finanzministeriums unter Mitarbeit von Lars Feld

hende Abbildung zeigt, wächst die Beschäftigung der *économie sociale* in Frankreich derzeit deutlich stärker als in der Privatwirtschaft insgesamt. Auch für Deutschland wird angesichts des demografischen Wandels und im Kontext einer alternativen Gesellschaft ein weiterer Bedeutungszuwachs erwartet, insbesondere was den Gesundheits- und Pflegebereich betrifft. Bezüglich der

Graphique 1 – Evolution comparée de l'emploi d'économie sociale et du secteur privé



Sources : ACOSS-URSSAF et MSA – Traitement R & S

Entwicklung der Beschäftigungszahlen in der ESS (orange) und der Privatwirtschaft insgesamt (violett).
Quelle: Cécile Bazin, Enora Le Marec, Guillaume Prevostat, Jacques Malet 2016: *Economie sociale: Bilan d'emploi en 2015*, S.7.

hin im Zusammenhang mit der steuerrechtlichen Sonderstellung, die sich in Deutschland mit der Gemeinnützigkeit verbindet, die für viele Organisationen des Dritten Sektors gilt.⁴⁾ In der Praxis ist die laufende Gemeinnützigkeitsprüfung auf die Abwesenheit der eigennützigen Nutzung von Gewinnen beschränkt und vernachlässigt die Frage, inwieweit die Tätigkeiten wirklich gemeinnützig sind. Dies kann zu Fehlanreizen führen (bspw. Vermeidung von Überschüssen durch kostenineffizientes Wirtschaften) sowie zu Wettbewerbsverzerrungen, da gemeinnützige Organisationen gerade im sozialen Bereich oftmals in direkter Konkurrenz zu privaten Anbietern stehen.

Auf der anderen Seite besteht wenig Zweifel, dass der Sektor auch in Zukunft volkswirtschaftlich weiter an Bedeutung gewinnen wird. Wie nachste-

Das Thema interessiert Sie? Im Frankreich Jahrbuch 2016, das im Frühjahr 2017 erscheint, befasst sich eine Reihe ausgewählter deutscher und französischer Autoren vertiefend mit der Sozial- und Solidarwirtschaft in Frankreich, Deutschland und Europa.

Wichtige Veröffentlichungen zum Thema auf Französisch sind auch in der Frankreich-Bibliothek des dfi zu finden.

Situation in Frankreich betont die Arbeitgeberorganisation UDES, dass die Arbeitsbedingungen in der ESS und die stärkere Einbindung der Mitarbeiter in unternehmerische Entscheidungen zu einer Verbesserung der oftmals eher konfrontativen Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beitragen könne und zu mehr Zufriedenheit der Franzosen mit ihrem Arbeitsplatz. Das Thema hat auch die europäische Ebene erreicht und wird durch Initiativen der Europäischen Kommission gefördert, weil die ESS einem inklusiveren und nachhaltigeren Wachstumsmodell entspreche. Insgesamt betrachtet deutet vieles darauf hin, dass dieser Sektor auch in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, sofern es gelingt, nachhaltige Finanzierungsformen auch außerhalb staatlicher Zuschüsse zu finden und er gesamtgesellschaftlich durch Engagement und Wertschätzung getragen wird.

Eileen Keller

► keller@dfi.de

³⁾ Siehe auch European Commission 2014: *A map of social enterprises and their eco-systems in Europe. Country Report Germany.* (► <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=2149>).

⁴⁾ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2006: *Die abgabenrechtliche Privilegierung gemeinnütziger Zwecke auf dem Prüfstand.* (► http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Ministerium/Geschaeftsbereich/Wissenschaftlicher_Beirat/Gutachten_und_Stellungnahmen/Ausgewaehlte_Texte/0608081a3001.html

Nachwuchsjournalisten in Paris

Aktualität Frankreichs sieben Monate vor den Präsidentschaftswahlen

Welche Bilanz kann man für die Amtszeit von François Hollande ziehen? Wie entwickelt sich der Vorwahlkampf in Frankreich und welche Spuren hinterlassen die Attentate der vergangenen Monate? Vom 25. September bis zum 1. Oktober informierte sich eine Gruppe handverlesener junger Journalisten in Paris über die Aktualität Frankreichs im Rahmen des deutsch-französischen Programms für Nachwuchsjournalisten, das das dfi seit 10 Jahren in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung organisiert.

Eine intensive Woche erwartete die acht deutschen und zwei italienischen Teilnehmerinnen des diesjährigen Jahrgangs, die sich vor Ort ein eigenes Bild von der derzeitigen Situation Frankreichs machen konnten, in direktem Austausch mit Vertretern mitunter aus der allerersten Reihe der Amts- und Würdenträger, einschließlich dem Gouverneur der Französischen Zentralbank François Villeroy de Galhau, dem Gesandten der Bundesrepublik Deutschland in Paris, Pascal Hector, sowie der deutschen Diplomatin Gudrun Lingner, die derzeit als beigeordnete Generalsekretärin für die deutsch-französische Kooperation dem Kabinett des französischen Staatssekretärs für Europafragen Harlem Désir angehört.

Bezogen auf die Aktualität Frankreichs standen in diesem Jahr drei Themenkomplexe im Vordergrund: Erstens der französische Vorwahlkampf für die Präsidentschaftswahlen. Sowohl die Sozialisten wie auch die Republikaner und die französischen Grünen führen Vorwahlen zur Kandidatenkür durch. Angesichts des starken Ergebnisses, das Umfragen für Marine Le Pen vom rechtspopulistischen Front National im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl erwarten, kommt der Kandidatenkür im Vorwahlkampf eine besondere Bedeutung zu. Wird sich Hollande zur Wiederwahl stellen? Kann sich Nicolas Sarkozy gegen seinen stärksten Konkurrenten Alain Juppé durchsetzen? Und wird der zurückgetretene Wirtschaftsminister Emmanuel Macron ebenfalls kandidieren?

Im Gespräch mit dem sozialistischen Abgeordneten Pierre-Yves Le Borgn' und dem Sprecher der französischen Grünen Julien Bayou konnten sich die Teilnehmer über die Bilanz Hollandes und den Vorwahlkampf des linken Lagers informieren. Aufschlüsse über den Wahlkampf der Rechten gab insbesondere auch das Gespräch mit dem Historiker und Journalisten Alexandre Adler. Frédéric Dabi, stellvertretender Direktor des französischen



*Nachwuchsjournalisten zu Besuch in der Deutschen Botschaft beim Gesandten Pascal Hector (3. v. re.).
Quelle: Viktoria Ebel*

Meinungsforschungsinstitutes IFOP, klärte die Teilnehmerinnen über die Wahlchancen unterschiedlicher Kandidaten und die wichtigsten Wahlkampfthemen der Franzosen auf.

Zweitens die Auswirkungen der Terroranschläge der vergangenen Monate. Dabei ging es nicht nur um die unmittelbaren sicherheitspolitischen Maßnahmen, die seit den Anschlägen auf Charlie Heb-

im Land ins Spiel, sollte es zu weiteren Anschlägen kommen.

Im Gespräch mit dem stellvertretenden Direktor der Abteilung für die Sicherheit vor Ort in Paris informierten sich die Teilnehmerinnen über die Wirksamkeit unterschiedlicher sicherheitspolitischer Maßnahmen. Der republikanische Abgeordnete Georges Fenech gab Auskunft über die



*Frank Baasner (dfi) und der Gouverneur der französischen Zentralbank François Villeroy de Galhau.
Quelle: Miriam Steimer*

do und den jüdischen Supermarkt Hypercacher im Januar vergangenen Jahres ergriffen wurden, sondern auch um die Auswirkungen auf die Stimmung im Land und das Zusammenleben insgesamt. Die Debatte um das Scheitern des republikanischen Integrationsmodells wird auch im französischen Wahlkampf thematisiert und manche Beobachter bringen sogar die Gefahr massiver Repressionen gegen muslimische Einrichtungen

Arbeit der parlamentarischen Kommission, die sich mit den Anschlägen vom 13. November befasste. Jean-Pierre Chevènement berichtete von den Bemühungen, den Islam in Frankreich mit einer speziellen Stiftung zu fördern. Der Aktivist Youssouf Baki erzählte von den Versuchen, die Franzosen jenseits bestehender politischer Kanäle zu mobilisieren.

Fortsetzung von Seite 4

Abschließend konnten die Teilnehmerinnen jüngere Entwicklungen in der französischen Medienlandschaft mit ausgewählten Chefredakteuren erörtern und mit der Situation im jeweiligen Heimatland vergleichen. Angesichts der Einführung eines öffentlichen Informationskanals mit *france-info* im September dieses Jahres standen vor allem unterschiedliche Informationsformate im Mittelpunkt mit Besuchen beim Nachrichtenkanal i-Télé, der Morgensendung von France Inter sowie der Nachrichtenredaktion von TF1.

Eileen Keller ▶ keller@dfi.de
Stefan Seidendorf ▶ seidendorf@dfi.de



Gudrun Lingner (2.v.li.) erklärt die deutsch-französische Kooperation. Quelle: Miriam Steimer.



Stefan Seidendorf (li.) im Gespräch mit Jean-Pierre Chevènement. Quelle: Miriam Steimer.

Digitalisierung – Herausforderung für die Industrie

5. Deutsch-Französisches Wirtschaftsgespräch in Stuttgart

Das fünfte Deutsch-französische Wirtschaftsgespräch im Institut Francais Stuttgart, das Unternehmensvertreter, Experten und interessierte Bürger der Region zu gemeinsamen Zukunftsthemen zusammenführt, stand am 20. Juli 2016 im Zeichen der Digitalisierung der Industrie. Dabei stand vor allem die Umsetzung der Digitalisierung in der Praxis der industriellen Produktion im Vordergrund: Wie sind die bisherigen Erfahrungen in beiden Ländern? Welche Herausforderungen kommen auf die Unternehmen zu, welche Schwierigkeiten müssen überwunden werden? Gibt es Ansätze für deutsch-französische Kooperation?

Durch die Vernetzung zwischen Menschen, Maschinen und industriellen Prozessen können maßgeschneiderte Produkte nach individuellen Kundenwünschen kostengünstig und in hoher Qualität hergestellt werden. Die damit verbundenen vielfältigen Möglichkeiten veranschaulichte Andreas Barth, Managing Director für Zentraleuropa von Dassault Systèmes mit Beispielen aus der Praxis. Dies betrifft digitale Modelle von Produktionsprozessen und virtuelle Tests ebenso wie Produktvarianz und -individualisierung („Losgröße 1“). Dennoch sieht er die Veränderungen in der Industrie nicht als „Revolution“ an, sondern eher als evolutionären Prozess, der sich allerdings nicht so schnell vollzieht, wie es im Interesse des Standort Deutschlands sinnvoll wäre. Thomas Lacker, Geschäftsführer der Dienstleistungsfirma Introbest in Fellbach, ging ebenfalls auf die Veränderungen in der Praxis der industriellen Produktion ein. Er hat sich insbesondere für die Einbindung von mittelständischen Unternehmen in Industrie 4.0-Projekte engagiert und berichtete, wie damit verbundene spezielle Anforderungen in



Andreas Barth, Managing Director für Zentraleuropa von Dassault Systèmes (li.); Thomas Lacker, Geschäftsführer der Dienstleistungsfirma Introbest in Fellbach (re.). Quelle: Heiner Wittmann.

kleinen Unternehmen realisiert werden können und wie die Mitarbeiter in diese Prozesse eingebunden werden können.

Moderator Henrik Uterwedde (dfi) verwies auf die zahlreichen deutsch-französischen Initiativen in diesem Bereich, seit sich beide Regierungen am 27.10.2015 auf einer gemeinsamen Konferenz zur „Beschleunigung des digitalen Wandels in der Wirtschaft“ in Paris auf gemeinsame Initiativen verständigt haben. (▶ <https://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/C-D/deutsch-franzoesische-konferenz-erklarung,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>).

Sie reichen von der Vernetzung der beiden Internetplattformen Industrie 4.0 (▶ <http://www.plattform-i40.de/I40/Navigation/DE/Home/home.html>) und *Industrie du Futur*, die einen gemeinsamen Aktionsplan entwickelt haben, über gemeinsame Tagungen von Industrieverbänden (gemeinsame Konferenz des Zentralverbandes



Henrik Uterwedde, dfi, als Moderator beim fünften Deutsch-französischen Wirtschaftsgespräch. Quelle: Heiner Wittmann.

der Elektroindustrie ZVEI und des französischen Partnerverbandes FIEEC) (▶ http://www.fieec.fr/iso_album/_vf_fieec_zvei_-_erklarung_-_juli_2016.pdf) bis zur Gründung einer deutsch-französischen Akademie zur Industrie der Zukunft (getragen von der *Grande école Mines-Télécom* und der TU München) (▶ <http://www.academie-technologies.fr/blog/categories/action-internationale/posts/une-academie-franco-allemande-de-l-industrie-du-futur>). Es sei ein ermutigendes Zeichen, dass Akteure aus Politik, Unternehmen und Wissenschaft aktive Kooperationen mit dem Partnerland suchen, um in diesem Zukunftsfeld ihre jeweiligen Stärken miteinander zu verbinden.

Das Deutsch-französische Wirtschaftsgespräch wird halbjährig vom Institut Francais Stuttgart veranstaltet. Zu den Kooperationspartnern zählen die DEGAP/Forum Baden-Württemberg, die Stadt Fellbach, die IHK Stuttgart und der Club d'affaires franco-allemand.

Henrik Uterwedde ▶ uterwedde@dfi.de

„On y va – auf geht's – let's go! “ – Seminar in Strasbourg



Die Teilnehmer des Seminars in Strasbourg. Quelle: dfi.

Wenn sich 23 Ehrenamtliche aus mehreren europäischen Ländern in Strasbourg treffen und über ihr Engagement im Bereich Jugendarbeit, Gesundheit, Gesellschaft, Umwelt und Politik diskutieren, dann kann es sich nur um ein On y va – Seminar handeln.

Vom 23. bis zum 25. September 2016 organisierte das dfi zusammen mit der Robert Bosch Stiftung ein Treffen im Rahmen des Ideenwettbewerbs „On y va – auf geht's – let's go!“. Eingeladen waren Verantwortliche von geförderten Projekten, Ehemalige des Programms sowie weitere interessierte Personen. An den drei Tagen konnten die Teilnehmer über den Stand ihres eigenen Projekts berichten und sich mit den anderen Anwesenden über Herausforderungen in der Projektarbeit austauschen. Gleichzeitig waren weitere Themen zur Diskussion angeboten, begleitet vom fachlichen Input des dfi und der Robert Bosch Stiftung.

Grundgedanke dieses Seminars ist, dass Projektträger, die sich ehrenamtlich und mit europäischen Partnern international engagieren, mehr als eine finanzielle Förderung benötigen.

Die Teilnehmer haben gespürt, dass ihre Arbeit wertgeschätzt wird, und sie konnten vom Erfahrungsaustausch profitieren. Parallel wurden neue Kontakte geknüpft und Ideen für die Zukunft entwickelt.

Die Synergie zwischen den Teilnehmern war bemerkenswert – trotz der Heterogenität der Gruppe. Und auch für die Interessenten war das Seminar sehr hilfreich. Sie konnten im Austausch ihre Projektidee konkretisieren und individuelle Tipps für die Antragstellung erhalten.

Bis zum 7. Oktober können sich wieder internationale Teams um eine Förderung in Höhe von maximal 5.000 € bewerben.

Mehr Informationen online auf

► <http://www.auf-gehts-mitmachen.eu>

Bénédicte King ► ideenwettbewerb@dfi.de



Die Organisatoren des Treffens (v.li.n.r.):
Susanne Binder, Susanne Gehrig, Bénédicte King,
Quelle: dfi

Europa am Scheideweg Podiumsdiskussion zur Zukunft Europas

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Anschlages von Nizza und kurze Zeit nach dem Votum der Briten gegen einen Verbleib in der Europäischen Union hatte die Frage nach der Zukunft Europas unvorhergesehene politische Brisanz gewonnen.

Im Rahmen des Besuches einer Delegation von Bürgern aus den Partnergemeinden Anetz, Pouillé-les-Côteaux, La Roche-Blanche und Saint-Herblon hatten Bürgermeister Albrecht Dautel und das Partnerschaftskomitee der Gemeinde Walheim am 16. Juli 2016 zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Vor historischer Kulisse im Römerhaus wurden Erwartungen und jüngere Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union diskutiert. Dabei standen insbesondere die Bedeutung der Städtepartnerschaften für ein „Europa von unten“ und die Rolle des deutsch-französischen Motors für den europäischen Einigungsprozess im Mittelpunkt.

Eileen Keller ▶ keller@dfi.de



Es diskutierten der Europaabgeordnete Rainer Wieland, Eileen Keller (dfi), Roger Classine, Mitglied des Partnerschaftskomitees des Verwaltungsverbands „des Grées“ und Klaus Goldmann, Vorsitzender der Freunde Frankreichs der Gemeinde Walheim, moderiert von Ulrike Trampus, Chefredakteurin der Ludwigsburger Kreiszeitung (Mitte). Quelle: Gemeinde Walheim.

Studie zur Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit dfi compact Nr. 14 ist erschienen

Im Rahmen der französischen Territorialreform wurde die Anzahl der Regionen von 22 auf 13 reduziert. Unter anderem führte das dazu, dass im Osten Frankreichs die drei Regionen Alsace, Lorraine und Champagne-Ardenne zur neuen Einheit „Grand Est“ fusioniert wurden. Das hat direkte Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den deutschen Bundesländern (und den anderen Nachbarregionen).



Die neue französische Verwaltungsstruktur hat mit Belgien, Luxemburg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und der Schweiz die grösste Anzahl europäischer Nachbarn unter allen französischen Gebietskörperschaften und die längste „Außengrenze“ Frankreichs. Mit den beiden grenzüberschreitenden Kooperationsräumen Oberrhein / *Rhin supérieur* und Großregion / *Grande région SaarLorLux* befinden sich nun auch zwei der am weitesten entwickelten „Laboratorien europäischer Integration“ in dieser Region. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie die in diesen beiden Kooperationsräumen entwickelten unterschiedlichen Instrumente und Institutionen in Zukunft weiter entwickelt werden können und wie sich die drei deutschen Bundesländer mit Grenze nach Frankreich in Zukunft gegenüber dem französischen Partner positionieren.

Aus dieser Situation ergeben sich also eine Reihe von Chancen und Herausforderungen, die von

Zukunft der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit nach der französischen Regionalreform. Aktuelle Situation und mögliche Entwicklungsszenarien.

dfi compact Nr. 14, Ludwigsburg: dfi, 2016, 93 S.

den politischen Akteuren vor Ort angegangen werden müssen, die aber auch direkte Konsequenzen für die erwähnten Nachbarregionen und die Zukunft ihrer grenzüberschreitenden Kooperation haben.

Seit Dezember 2015 hat das dfi im Rahmen eines Auftrags des Staatsministeriums Baden-Württemberg in einer Studie Herausforderungen und Chancen der neuen Situation analysiert. In Zusammenarbeit mit unserem Partner *Strasbourg Conseil* wurden u.a. Interviews und Hintergrundgespräche mit den wichtigsten französischen Entscheidungsträgern realisiert. Das Ergebnis dieser Arbeit liegt nun als neue Ausgabe unserer Reihe *dfi compact* vor und kann gegen eine Gebühr beim dfi bezogen werden (info@dfi.de).

Neben seinem Engagement im Rahmen der grenzüberschreitenden Berufsbildung fügt sich diese Studie in den *dfi*-Schwerpunkt zur grenzüberschreitenden Kooperation mit Frankreich ein, in dessen Rahmen das Institut seit 2004 regelmäßig Studien publiziert und konkrete Projekte beratend begleitet.

Stefan Seidendorf ▶ seidendorf@dfi.de

Deutsch-französischer Jugendausschuss



Die deutsch-französischen Beziehungen zeichnen sich dadurch aus, dass neben den politischen Kontakten auch zahlreiche Austausch- und Kooperationsstrukturen in der Gesellschaft verankert sind. Besonders wichtig sind die Städtepartnerschaften, aber auch die Deutsch-Französischen Gesellschaften und vergleichbare Formen der gesellschaftlichen Selbstorganisation. Diese seit Jahrzehnten bestehenden Strukturen leiden oft unter einer Überalterung ihrer Mitglieder.

Angesichts dieser Situation ist es besonders zu begrüßen, dass sich im vergangenen Jahr ein „Deutsch-Französischer Jugendausschuss“ gegründet hat. Die junge Truppe hat viel vor und verfügt über ausgezeichnete Ideen.

Aber sehen Sie selbst auf ► www.dfja.eu.

Frank Baasner ► baasner@dfi.de

Termine

21. November

Mitgliederversammlung und Vortrag von Philippe Richert, Präsident des Regionalrats der Région Grand-Est

23. November – 27. November

Seminar für Nachwuchsjournalisten aus Deutschland, Frankreich, Italien und dem Maghreb, Rom

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50

► www.dfi.de

► info@dfi.de

Redaktion: Waltraut Kruse
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner

18. Deutsch-Französisches Forum in Strasbourg

Am 25. und 26. November 2016 veranstaltet die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) gemeinsam mit dem Verein „Deutsch-Französisches Forum“ im Palais des Congrès in Strasbourg die 18. Deutsch-Französische Hochschul-Studienmesse.

Schüler, Studierende, Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler, die sich für ein internationales Studium interessieren bzw. ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern möchten, haben die Möglichkeit, sich direkt mit den Verantwortlichen der zumeist von der DFH geförderten bi- oder trinationalen Studiengänge auszutauschen und sich über den praktischen Ablauf und den Studienalltag zu informieren.

Parallel dazu veranstaltet Campus France mit Unterstützung der für die Zusammenarbeit im Hochschulwesen zuständigen Attachés der deutschen und der französischen Botschaft vier thematische Seminare zu den Studienbereichen Wirtschaft, Geistes- und Sozialwissenschaften, Recht und Politikwissenschaft sowie Naturwissenschaft und Technik. Interessenten, die nicht vor Ort sein können, haben die Möglichkeit, die Seminare und Diskussionen live auf Twitter zu verfolgen und Fragen zu stellen.



Junge Interessenten und Hochschullehrer tauschen sich in entspannter Atmosphäre über die Perspektiven aus, die ein deutsch-französisches Studium eröffnet. Quelle: Iris Maurer.

Weitere Informationen unter: ► <http://www.dff-ffa.org/fr/>
Übersetzung ins Deutsche: Carla Christ, Andrea Kraus

